



Großer Zapfenstreich an der Führungsakademie der Bundeswehr*: Ganz anderer Offizierstypus gewünscht

I. ROHRBEIN

„Rustikal, handfest und männlich“

Die Roeder-Affäre rückt eine Institution ins Zwielficht, die bislang als Eliteschule der Bundeswehr galt. Hinter den Kulissen der Führungsakademie gärt es schon seit Jahren.

Oberst Norbert Schwarzer nahm Haltung an und blickte seinem Gegenüber fest ins Auge: „Welcher Dienstpflichtverletzung habe ich mich schuldig gemacht?“

Der vom Verteidigungsministerium zur Aufklärung der Roeder-Affäre an die Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk) in Hamburg entsandte Wehrdisziplinaranwalt Alexander Poretschkin tat sich mit der Antwort schwer. Schließlich murmelte er etwas von der „Globalpflicht zum treuen Dienen“.

Der Vorwurf der mangelnden politischen Bildung in Sachen Rechtsextremismus läßt sich mit dem Dienst- und Disziplinarrecht der Bundeswehr nur schwer fassen: „Dummheit“ und „Instinktlosigkeit“ (Rühe) sind womöglich in der Bundeswehr verbreitet, aber nicht strafbar.

Die skandalöse Panne mit dem verurteilten Rechtsterroristen erscheint einigen Dozenten an der renommiertesten Ausbildungsstätte der deutschen Streitkräfte jedoch fast schon als Konsequenz einer Entwicklung, die sie seit längerem mit Sorge beobachten. Wolfgang Vogt, Soziologe am Fachbereich Sozialwissenschaften der FüAk, brachte es am vergangenen Donnerstag während der „Aktuellen Stunde des Kommandeurs zur Lage an der Akademie“ für viele auf den Punkt: „Der Vorfall zeigt doch, daß bei der Umorganisa-

tion der Streitkräfte in den vergangenen Jahren politische Bildung und Innere Führung auf der Strecke geblieben sind.“

Den Anspruch des Hauses hatte Verteidigungsminister Volker Rühe noch im Mai dieses Jahres, anlässlich des 40. Gründungstages der Akademie, ganz anders formuliert: Der Offizier brauche neben dem reinen Handwerk auch „Orientierungswissen, politische Urteilskraft“ und „ethisches Reflexionsvermögen“.

Hehre Ideale – die Realität sieht anders aus. „Nie wurden Befehle und was man politisch denken soll so glatt von oben nach unten durchgereicht wie unter Rühe“, sagt ein Generalstabsoffizier und intimer Kenner der FüAk. Wie viele seiner Kollegen will er seinem Ärger zwar Luft machen,

sich aber nicht namentlich zitieren lassen – der Minister sei nachtragend.

Das „Prinzip der Entintellektualisierung“ werde bereits in der Personalpolitik deutlich, erklärt ein weiterer FüAk-Insider. Bislang hatte stets mindestens ein Akademiker an der Spitze der Institution gestanden, zuletzt der promovierte Jurist Hartmut Olboeter, nun sind es drei hochdekorierte Herren ohne universitäre Weihen. Der für Lehrinhalte verantwortliche Direktor, Hans-Heinrich Dieter, sei zwar ein „knackiger Fallschirmjärgeneral“, habe den akademischen Betrieb aber nie von innen kennengelernt.

Auch die Leistungsstandards würden immer weiter heruntergefahren. Im Fachbereich „Sicherheitspolitik und Streitkräfte“ seien bei der entscheidenden Prüfung in den letzten drei, vier Jahren bis zu 40 Prozent der Hauptleute und Kapitänleutnante durchgefallen. Nun lasse der Kommandeur, um das Ergebnis zu verbessern, statt anonym schriftlich nur mündlich abfragen.

„So kann man das Problem auch lösen, wenn man immer dümmere Leute kriegt, die eine zehnteilige Klausur nicht unter 50 Rechtschreibfehlern abliefern“, kritisiert ein ehemaliger Dozent den Führungsnachwuchs, bei dem heute nur mehr 35 Prozent mit einem Studium zum Stabsoffiziersgrundlehrgang kommen, während es vor zehn Jahren noch über 70 Prozent waren.

Die Auswahl und die Ausbildung der jungen Offiziere liefen auf ein Berufsverständnis hin, das vor allem „rustikal, handfest und männlich“ geprägt sei, erklärt ein anderer ehemaliger FüAk-Dozent: „Unsere Freiheiten begrenzen sich heute auf die Professionalität, die Beherrschung der Technik, das Operative. Das Politische bleibt immer mehr außen vor, wir führen nur noch aus.“

Daß die Beschränkung auf das Kriegshandwerk das Ideal des „Staatsbürgers in Uniform“ schleifen könnte, befürchtet Oberstleut-



W. WITTEBS

Wehrexperthen Olboeter, Rühe: „Glatt durchgereicht“

* Im Mai in Hamburg.

nant Klaus von Rosen. Er betreut in Hamburg den Nachlaß des verstorbenen Generalleutnants Wolf Graf von Baudissin, der den Begriff und das Konzept der „Inneren Führung“ geprägt hat. Der Offizier kritisiert schon länger „einen Mangel an Sensibilität im Umgang mit extrem konservativen Tendenzen in den Streitkräften“.

So seien die Ergebnisse einer Studie über die politischen Präferenzen von Studierenden der Bundeswehr konsequent heruntergeredet worden. Arwed Bonnemann und Ulrike Hofmann-Broll vom Hochschuldidaktischen Zentrum der Bundeswehruniversität Hamburg hatten festgestellt, daß 20 Prozent der soldatischen Studenten „Anhänger nationalkonservativen Gedankenguts“ sind, welche die Integration Europas ablehnen und die „Abwehr kultureller Überfremdung“ als wichtige politische Aufgabe ansehen.

Eine von den Dozenten des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der FüAk vorgeschlagene Vergleichsstudie über angehende Generalstabsoffiziere wurde, so von Rosen, „untersagt“.

Für „Rechtsextremismus in der Bundeswehr“ scheint das Interesse auf der Hardthöhe ebenfalls nicht besonders groß

„Kompaniechefs sind gestandene Männer, die nichts Neues zu lernen brauchen“

gewesen zu sein. Die Konfliktforscherin Ulrike Wasmuth vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg hatte in diesem Sommer ein entsprechendes Forschungsprojekt beim Verteidigungsministerium beantragt. Ihr Vorschlag wurde – ohne Angabe von Gründen – abgelehnt.

Dabei tut Aufklärung not, denn nicht immer weiß man in der Bundeswehr treffsicher zu unterscheiden, wann Konservatismus in Richtung Rechtsradikalismus kippt.

Eine studentische Vereinigung mit dem Namen „Gruppe 146“ soll 1990 an der Führungsakademie mit Fregattenkapitän Löhlein das Thema „Deutsche Einheit“ erörtert haben. Löhlein, mittlerweile beim Flottenkommando in Glücksburg, erinnert sich, „daß da irgendwelche Studenten kamen“, will aber weiter „keine Auskunft“ geben. Auch der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums hält sich bedeckt: „Der Vorgang muß geprüft werden.“

Soviell Zögerlichkeit ist verständlich. Denn als die Debatte mit den vaterländisch gesinnten Studenten gelaufen sein soll, bekam die „Gruppe 146“ an der Hamburger Uni schon keinen Raum mehr für öffentliche Veranstaltungen. Grund: Im Januar 1990 hatte die Studententruppe in einem Gebäude der Hochschule zum Vortrag geladen und dabei, so der Vorwurf von Gegendemonstranten, Mitglieder der „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ als Saalschützer aufmarschieren lassen.

Mehr als eine bloße Nähe zu Rechtsextremisten bescheinigte auch der Hamburger Senat den rechtsgewirkten Studioli. Am 13. Februar 1990 teilte er auf die schriftliche Kleine Anfrage (Drucksache 13/5466) des CDU-Abgeordneten Kersten Rosenau mit: „In dieser Gruppe arbeiten Personen mit, die den Rechtsextremisten zugeordnet werden.“ Außerdem finde „eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen als rechtsextremistisch bewerteten Organisationen statt“.

Erst seit der Roeder-Affäre reagieren die politisch Verantwortlichen schon beim geringsten Verdacht auf derlei Vorkommnisse mit aller Schärfe. Als ein FüAk-Wissenschaftler vergangene Woche im Kollegenkreis berichtete, er habe gehört, daß Studierende der Bundeswehrhochschule in Hamburg bei einem Ausflug zur Gedenkstätte des Konzentrationslagers Neuen-gamme neonazistische Äußerungen gemacht hätten („Es ist so kalt, leg im Krematorium mal ein paar Juden nach, die brennen so gut“), kam es kurz darauf zu einer Massenvernehmung: Über 100 Offiziersanwärter sollen, mitunter nachts, aus ihren Studentenbuden geholt und zum Verhör beordert worden sein. Die Ermittlungen laufen noch.

Den Mangel an Sensibilität und Wachheit gegenüber der Geschichte hatten hochrangige Militärs jedoch schon lange zuvor diagnostiziert. Selbst der ehemalige – jeder linksliberalen Neigung unverdächtige – Generalinspekteur Klaus Naumann konstatierte vor drei Jahren in einem internen Bericht, die politische Bildung in den Streitkräften sei „desolat“.

In der FüAk hatten sich daraufhin über ein Dutzend Wissenschaftler in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen und wochenlang über Konzepten gebrütet, um sie schließlich dem damals zuständigen General Friedmar Teßmer zu unterbreiten. Der wischte die Pläne zum Entsetzen der ambitionierten Runde mit einem einzigen Satz vom Tisch: „Unsere Kompaniechefs und Bataillonskommandeure sind gestandene Männer, die nichts Neues zu lernen brauchen“, beschied er die Kollegen, „beschränken Sie sich bitte im Grundlehrgang auf eine zusätzliche Stunde.“

Daß künftig ein ganz anderer Offiziers-typus gewünscht ist als noch vor Jahren, demonstrieren auch die neuen Leitlinien zum „Soldatischen Führen“ in der brandneuen Heeresdienstvorschrift 100/100 (Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch). Unter dem Stichwort „Persönlichkeit des Führers“ finden sich dort anstelle von Begriffen wie „Vorbild“ und „Können“ neuerdings Lobgesänge auf „Veranlagung“ und „Charakterliche Eignung“.

Da werden FüAk-Dozenten, welche die Prinzipien der Inneren Führung ernst nehmen, ganz hellhörig: „Wir nähern uns“, befürchtet einer, „wieder dem Ideal vom geborenen Führer.“ ♦